

Verfahren wegen angeblicher Spionage muss neu aufgerollt werden

US-Richter heben Urteil gegen Kubaner auf

Berufungsgericht: In Miami war ein fairer Prozess nicht möglich, da Castro-Gegner dort zu großen Einfluss haben

Von Georg Hohmann

München – Ein US-Berufungsgericht hat am Dienstag ein Urteil gegen fünf wegen Spionage verurteilte Kubaner aufgehoben und ein neues Verfahren angeordnet. Das 11. Appellationsgericht in Atlanta/Georgia entschied, dass das 2001 in Miami gefällte Urteil nicht „gerecht und unparteiisch“ gewesen sei. In Miami sei ein fairer Prozess unmöglich gewesen: Die dort lebende einflussreiche Gemeinde der Exilkubaner, die der Regierung in Havanna feindlich gegenüberstehe, habe die Stimmung im Verfahren beeinflusst. Deshalb müsse es an einem anderen Ort als Miami neu aufgerollt werden.

Das 93 Seiten starke Urteil ist auch ein Schlag für Präsident George W. Bush, der in letzter Zeit die Sanktionen gegen die Regierung von Fidel Castro deutlich verschärft hatte. Die politische Brisanz des Falles belegt der Umstand, dass sich die drei Richter eineinhalb Jahre für ihre Entscheidung Zeit gelassen hatten. Seit Juni standen sie aber unter dem Druck der Vereinten Nationen: Ein Ausschuss der Menschenrechtskommission in Genf hatte das Urteil von Miami als „willkür-

lich“ und Verstoß gegen internationales Recht verurteilt.

Die fünf Kubaner waren im September 1998 in Florida festgenommen worden. Mehr als zwei Jahre später wurde vor dem District Court in Südflorida der Prozess eröffnet, der dann sieben Monate dauerte. Das Verfahren ist somit der längste Strafprozess in der Justizgeschichte der USA. Im Juni 2001 fiel das Urteil: Zweimal lebenslang plus 15 Jahre, lebenslang plus 18 Jahre, lebenslang plus 10 Jahre, 19 Jahre und 15 Jahre. Die Verurteilten wurden auf Hochsicherheitsgefängnisse im ganzen Land verteilt. Sie dürfen nicht einmal von ihren Familien besucht werden.

Der Hauptanklagepunkt Spionage ist nach US-Recht „das Sammeln von Daten über die nationale Sicherheit, um den USA Schaden zuzufügen“. Die Verteidigung hatte eingewandt, die Fünf hätten lediglich als V-Männer exilkubanische Gruppen in Miami beobachtet, die seit Jahrzehnten Anschläge gegen Kuba verübten. Im Juni 1998 hatte der kubanische Geheimdienst ein umfangreiches Memorandum an FBI-Beamte übergeben, das Terroraktionen exilkubanischer Grup-

pen dokumentiert. Alleine für die neunziger Jahre wurden 140 Anschlagpläne und ihre Hintermänner aufgezählt. Als folgenschwerstes Attentat wurde der Bombenanschlag auf ein kubanisches Verkehrsflugzeug genannt, bei dem 1976 mehr als 70 Menschen starben. 1997 ging in Havannas Touristenzentren eine Serie von Bomben hoch, bei der ein italienischer Tourist ums Leben kam.

Marquez als Vermittler

Das FBI sagte Kuba Hilfe zu. Doch der Schlag gegen die militanten Gruppen in Miami blieb aus. Stattdessen nahm die Bundespolizei in Florida die fünf Kubaner fest, die das Material für die Dokumentation geliefert hatten und damit unter anderem einen Bombenanschlag auf die berühmte Tanzshow „Tropicana“ in Havanna verhindert hatten.

Die Aktenübergabe an das FBI hatte Castros Freund, der Literatur-Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez, bei einem Besuch im Weißen Haus vermittelt. Marquez nannte das später „ein friedliches Abenteuer, das einen privilegierten Platz in meinen Erinnerungen einzunehmen hat“.

Im Prozess gegen die Fünf erklärte auch General James R. Clapper Jr., Ex-Direktor des Pentagon-Geheimdienstes, die Angeklagten hätten keinerlei Zugang zu „geheimen Informationen oder sensiblen Gebieten“ gehabt, sondern nur zu privaten Gruppen von Exilkubanern. Daher versuchte Staatsanwalt Guy Lewis eine „Verschwörung“ zur Spionage nachzuweisen. „Auch wenn wir es nicht beweisen können“, sagte er in seinem Plädoyer, die Fünf hätten die geheimen Informationen „schon noch erhalten“. Die Geschworenen in Miami folgten dieser Argumentation.

Die Aufhebung dieses Urteils bezeichnete ein Verteidiger der Fünf, der New Yorker Bürgerrechtsanwalt Leonard Weinglass, als „historisch“. Er rechne damit, dass seine Mandanten nach Miami verlegt würden und dort entschieden werde, ob sie gegen Kautionsfreikommen kämen. Kubas Parlamentspräsident Ricardo Alarcon sagte der Nachrichtenagentur AFP, das Urteil von Atlanta sei ein Sieg über die „Heuchler, die sich mit einem angeblichen Kampf gegen den Terror brüsten“ und Männer inhaftierten, „die gegen den Terrorismus in den USA vorgehen“.